

Die „Volksstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Karl Lankau, Magdeburg.
Verlag von H. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Vierteljährlich inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mt., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehofstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 33.

Magdeburg, Freitag, den 8. Februar 1895.

6. Jahrgang.

Das soziale Königtum hat kapituliert zu Gunsten des Kapitalismus.

Berlin, den 6. Februar 1895.

„Welche gesetzliche Bestimmungen sind — in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 — über die Formen“ in Aussicht genommen, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden?“ Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzesentwurfs, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiter-Kammern) „zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden“ auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden?“

Diese Fragen richtete in der heutigen Sitzung des Reichstages der Centrums-Abgeordnete Hize an die Reichsregierung, und der Herr Reichskanzler erklärte sich bereit, diese Fragen sofort nach ihrer Begründung beantworten zu wollen.

Der Abg. Hize verkündete, daß große Hoffnungen an die „hochherzige Initiative“ des Kaisers geknüpft sind. Das Centrum bekennt sich zu dem Erlaß von 1890, um so mehr als sich im Volke der Glaube verbreitet, daß jetzt Versprechungen gemacht worden seien, ohne sie zu erfüllen. Zu der Freude des Centrums hat auch die Thronrede die Fortsetzung der sozialen Gesetzgebung als notwendig anerkannt. Demselben Gedanken hat der Reichskanzler bei seiner programmatischen Eröffnungsrede Ausdruck gegeben. Es ist um so mehr geboten, damit vorzugehen, als jetzt angesichts der Umsturzvorlage der Glaube propagiert wird, dieses Gesetz solle die Arbeiter stumm machen. Beim Arbeiterschutzgesetz hat das Centrum die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen zurückgestellt, ohne auf sie ganz zu verzichten.

Ein Hauptziel des kaiserlichen Erlasses war auf die Arbeitervertretung gerichtet. Wie die Regierung dazu steht, wissen wir nicht. Wir verlangen vor allem, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, ihre Interessen würdig zu vertreten, daß die Berufsvereine gesetzlich anerkannt werden. Die Arbeiter sollen selbst mit-helfen, die Lücken der Gesetzgebung durch eigene Selbsthilfe auszufüllen, z. B. durch Bildung von Zuschuß- und Sterbekassen, durch private Versorgung der Arbeiter-Witwen und Waisen und Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit. Da Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, müssen wir die Organisation unabhängig von den Einzelregierungen machen, sie muß reichsgesetzlich geregelt sein. Wenn das Koalitionsrecht Wahrheit werden soll, dann müssen die Organisationen der Arbeiter anerkannt werden, zumal ja auch die Arbeitgeber sich koalieren haben. Die preussische Regierung sollte, anstatt das Vereinsrecht zu verschärfen, die Verbindung der Arbeitergewerksvereine gestatten. Nur so kann eine Gegenorganisation gegen die Sozialdemokratie namentlich durch die christlichen Arbeiter geschaffen werden, sagte Herr Hize, Dr. theol. und Professor zu München-Gladbach. Selbst die Herren, die das Streben der Arbeiter durch Koalition nicht für berechtigt halten, und meinen, der Arbeiter müsse heute zufrieden sein, werden sich dem Drange der Arbeiter nach Freiheit und Selbständigkeit fügen müssen. Herr Hize ist überzeugt, daß die Sozialdemokratie die Berufsvereine gar nicht will, teilt also auch nicht die Besorgnis, daß sich die Sozialdemokraten der Berufsvereine bemächtigen könnten. Gerade weil wir heute keine anerkannte Organisation haben, ist der Streit, der Krieg zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, so gefährlich.

Die Arbeiterausschüsse müssen obligatorisch gemacht werden. Die Arbeiterkammern dürfen nur aus Arbeitern bestehen, sie müßten zunächst begutachtende Kompetenz haben, könnten aber auch statistische Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterwohlthat übernehmen. Auch die Organisation des Arbeitenschutzes muß den Arbeitern überlassen bleiben. Um die Arbeiter zu befriedigen, müssen die Arbeitgeber zeigen, daß sie bereit sind, die Arbeiter zu hören und ihre Wünsche zu erfüllen, vor allen Dingen aber, daß sie das Selbstständigkeitsgefühl der Arbeiter achten. Redner wünschte von dem Reichskanzler Auskunft über die Stellung der Reichsregierung zu den Erlassen vom 4. Februar 1890.

Und der Herr Reichskanzler gab Auskunft. Er verlas folgende Erklärung:

Generell ist bisher die Frage im Bundesrat nicht behandelt worden. Es besteht aber bei der preussischen Regierung kein Zweifel, daß es ihre Aufgabe ist, das Programm, welches Seine Majestät am

4. Februar 1890 aufgestellt hat, zur Durchführung zu bringen. Eine Beantwortung der Frage, ob baldigst die Vorlage eines Gesetzesentwurfs im Sinne des zweiten Teils der Interpellation erwartet werden kann, ist zur Zeit nicht möglich, weil die in dieser Beziehung unter-nommenen Vorarbeiten einer Beschlußfassung des Staatsministeriums noch nicht unterlegen haben.

Also seit annähernd fünf Jahren hat man nicht Zeit und Gelegenheit gefunden, die angeschnittene Frage im Bundesrat zu behandeln. Dieser Schneekengel mag wohl den Unternehmern angenehm gewesen sein, den Arbeitern aber gewiß nicht. Der Egl. Kommerzienrat und Fabrikbesitzer zu Kupferhammer bei Brackwede, Herr Müller, konnte auch ganz logischer Weise nicht einsehen, warum gerade heute eine neue gesetzliche Organisation als eine Ergänzung der bestehenden Gesetz geschaffen werden soll, wir können mit dem, was wir haben, auskommen. Zur Zeit ist Deutschland in der Arbeiter-versicherung und im Arbeiterschutz soweit gegangen, daß nach Meinung des größten Teils meiner politischen Freunde an eine Erweiterung nicht zu denken ist, bis die anderen Länder uns gefolgt sind.

Auch gegen den Arbeitsschutz erklärte sich dieser Herr. Was den Arbeitsschutz betrifft, so wollen die Sozialdemokraten diesen gerne monopolisieren, denn wer den Arbeitsschutz in der Hand hat, der hat die politische Macht. Um diesen Punkt wird sich in nächster Zeit wesentlich der Kampf auf sozialem Gebiete drehen. Soll der Arbeitsschutz wohlthätig wirken, so muß er von der wüsten Agitation losgelöst und zu einer gemeinsamen Institution werden, und deshalb bin ich gegen den Arbeitsschutz, der allein in den Händen der Arbeiter ruht.

Eine reine Arbeitervertretung, wie sie der Abg. Hize will, hält Herr Müller für ein Unglück und sagt: Der größte Teil der Verheißungen des kaiserlichen Erlasses ist bereits erfüllt durch die Gewerbegerichte, die allerdings noch verbesserungsbedürftig sind. Bei uns finden die Wahlen zu den Gewerbegerichten nicht nach sachlichen, sondern durchaus nach politischen Gründen statt. Die fortschreitende Organisation der verschiedenen Stände kann allmählich dazu führen, daß auch die Arbeiter in diese Organisation einzubegreifen sind, aber nützlich kann diese Organisation nur wirken, wenn sie in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern eingerichtet wird. Die Arbeiterausschüsse haben in Deutschland keine nennenswerte Ausdehnung gehabt, und es ist nicht zu erwarten, daß sie diese jemals erreichen würden. Heute, wo sich die politischen Parteien der Arbeiterbewegung bemächtigt haben, würde es sich bei den Arbeiterorganisationen nicht um wirtschaftliche, sondern überwiegend um politische Gesichtspunkte handeln.

Und unter dem Beifall seiner Parteigenossen erklärte der Redner: Die Belastung unserer Industrie durch die soziale Gesetzgebung ist schon so groß geworden, daß, wenn noch weitere Lasten hinzukommen, sie gegenüber andern Ländern die Konkurrenz nicht wird aufrecht erhalten können. Wir sind bereit, vorwärts zu gehen, allen anderen Nationen voran, aber wir wollen nicht ins Ungemessene vorwärts eilen, ohne daß die andern Nationen uns folgen.

Unserem Genossen Fischer war durch die Erklärung des Reichskanzlers sowie den Reden vorgenannter Volksvertreter eine Fülle Material in die Hände gespielt und er zerpflückte dasselbe meisterhaft. Fischer sagte:

Wenn man den Wortlaut der Interpellation liest, fragt man sich unwillkürlich, wie kommt es denn, daß aus den großen Erlassen nur ein so kleiner, ein verhältnismäßig so unbedeutender Bruchteil herausgegriffen worden ist? In den vor fünf Jahren ergangenen Erlassen waren doch viel wichtigere Punkte zur Regelung in Aussicht genommen, Punkte, an denen die Arbeiter viel mehr interessiert waren, als an Arbeitervertretung und Anerkennung der Berufsvereine. Herr Hize hat allerdings seinen Stolz und seine Befriedigung über die bisherige Gesetzgebung ausgesprochen, er steht aber damit im Widerspruch mit seinen späteren Ausführungen, in denen er darlegt, wie verhältnismäßig unbedeutend für die Hebung der Klassenlage die bisherige Gesetzgebung bis jetzt gewesen sei. Die Erlasse selbst stipulieren es doch als eine der Aufgaben der Staatsverwaltung, die Zeit, Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Heute, wo wir vor der Umsturzvorlage stehen, gerade heute wäre es besonders interessant, auch die Frage der Wahrung dieser gesetzlichen Gleichberechtigung aufzuwerfen.

Wenn in 5 Jahren der Bundesrat in einer so hoch-wichtigen Materie noch nicht einmal generell sich verständigigt hat, wenn die Ausführung der Erlasse, die diese wichtigen Fragen in der nächsten Zeit zu regeln für not-

wendig erklärten, selbst im preussischen Ministerium noch in den Vorarbeiten steckt und diese noch nicht soweit ge-diehen sind, daß wenigstens eine baldige Inangriffnahme dieser Materie versprochen werden kann, dann müßte man ein sehr großer Optimist sein, wollte man noch irgend welche Hoffnungen hegen. (Sehr richtig! links.) Ich weiß nicht, ob es richtig, daß das Centrum gezwungen worden ist, diese Interpellation zu stellen, durch seine allerneueste Stellungnahme zum Umsturzgesetz (Hört, hört! links.) Man sagt, das Centrum sei mit Rücksicht auf die katholischen Wähler unter der Arbeiterschaft gezwungen gewesen, seinen Umfall in der Umsturzkommission damit aus den Augen zu rücken, daß man jetzt plötzlich wieder das soziale Programm des Centrums in den Vordergrund schiebt. Ich halte diese Taktik ja auch für gegeben. So gut wie die Sozialdemokraten und alle anderen Parteien, wissen auch die katholischen Arbeiter, daß die Umsturzvorlage gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist; das Geschrei der nationalliberalen und kon-servativen Schlotbarone, das heisere Gebell der Nationalzeitung wäre gar nicht anders zu erklären, wenn man wüßte, daß man „Umsturz“ sagt und Arbeiterbewegung, Klassenbewegung, Klassenkampf meint. Herr v. Stumm hat ja in Abrede gestellt, daß die Vorlage den Dank der Regierung für die Unterstützung der Handelsverträge aus diesen Reihen darstelle. Ich zweifle keinen Augenblick, daß diese Erklärung formell richtig ist, aber thätlich bedeutet doch die Umsturzvorlage nach der ganzen Ver-gangenheit des neuen Kurzes nichts anderes als die Unter-werfung des neuen Kurzes unter die Ausbeuterinteressen des Großkapitals. (Sehr richtig! links.) Das wissen auch die katholischen Arbeiter. Möge das Centrum noch soviel Paragraphen in die Vorlage hineinbringen, darüber lassen jene sich nicht täuschen, daß in Deutschland, wo keine Kläger, auch kein Richter zu finden ist. Es wird niemals ein Staatsanwalt sich finden, der diese Para-graphen gegen die Organe der besitzenden Klassen in An-spruch nehmen würde. (Zustimmung links.) Wenn wirklich einmal ein Richter sich fände, was würde dann das Re-sultat sein? Der Tragödie in dem Gerichtssaal würde bald das angenehme heitere Nachspiel der Begnadigung folgen!

Mögen die Absichten des Centrums bei Einbringung dieser Interpellation gewesen sein, welche sie wollen, man wird immer fragen müssen, warum ist man nur so weit und nicht weiter gegangen. Warum ist nicht auch der Normalarbeitstag gefordert, der doch auch zu den For-derungen des Centrums gehörte, warum nicht auch die Aus-dehnung der Versicherungsgesetzgebung, die ja ausdrücklich auch die kaiserliche Botschaft in Aussicht stellte. Wir verlangen die Ausdehnung der Versicherung auch auf unverschuldete Arbeitslosigkeit. Dies sind doch nur bescheidene Forderungen. Warum hier diese kleine Einzelheit herausgreifen! Diese Arbeiterschutz-Gesetzgebung entspricht nur den bescheidensten Ansprüchen der Arbeiter-klassen. Die christliche Charitas, welche Herr Gröber bei der Umsturzvorlage in den Himmel gehoben hat, ist voll-ständig bedeutungslos gegenüber den sozialen Kämpfen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wobei ich aller-dings die Bedeutung derselben im allgemeinen, insbesondere in der Vergangenheit bestreiten will. Die christliche Kirche bringt selbst den Beweis, daß sie in Bezug auf die soziale Frage vollständig ungenügend ist.

Die Klüster, die doch die eigentliche Wirkungsstätte der christlichen Charitas sein sollen, beweisen, daß sie ein unerhörtes Ausbeutungssystem ausüben, namentlich in England und Belgien. 1882 sind in den belgischen Wohltätigkeits-Schulen 15 000 Kinder beschäftigt gewesen, welche bei einer täglichen vierzehnstündigen Arbeits-zeit einen Wochenlohn von 12—14 Pf. erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es giebt noch viel schlagendere Beweise, wie wenig das Christentum über-haupt zur Lösung der sozialen Frage berufen ist, und gar nicht zu reden vom Kirchenstaat, steht Belgien, wo der Katholizismus schon seit Jahren die Gesetzgebung in Händen hat, in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung usw. so weit zurück, wie kein anderes Land. In keinem Industrie-land sind die Regierung und die Bourgeois blutdürstiger gegenüber den Arbeitern aufgetreten, wie in Belgien.

Die Vertrauenslosigkeit, welche die Fragestellung und die Begründung der Interpellation verraten haben, dürfte nach der Erklärung der Regierung und der National-liberalen kaum eine Teilnahme finden. Sie verlangen die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften, eine Forderung, die auch wir unterstützen, aber das deutsche Unternehmertum ist den Berufsvereinen feindlich und muß bestimmen seiner Eigenschaft auch sein. Einem der Führer Bismarck

Wenn Sie den Arbeitern die Freiheit geben, so verzichten diese auf sozialpolitischen Krimstrans, von dem Sie so viel

„Ganz unabhängig von der Maschine", glaubt Ihr?" sagte der Pecher, „aber wer ist denn das heutzutage noch, wer kann das sein? Die Maschine ist bestimmt, die Welt zu verändern, und je mehr sie sich vervollkommnet, um so tiefer greift sie in alle Verhältnisse ein. Sie verändert alles, sie wird alles umgestalten, ihr endlicher Sieg ist gewiß, nichts kann ihn aufhalten. Aber schon jetzt kann sich niemand ihrem bestimmenden Einfluß entziehen, niemand, gar niemand, auch ich nicht.“

„Wie so denn, wie so?" Die Leute drängten sich dichter an ihn heran; einige setzten sich auf die herumsiehenden Fässer.

In dem Augenblick traten der Pechfieder und sein Gehilfe aus der Siederei heraus.

Sie trugen einen großen kupfernen Kessel an einer Stange ins Freie und stürzten seinen kochenden Inhalt über ein Sieb in einen Kübel.

Es rauchte und dampfte. Die schwarzen Pechströmen aber, die im Siebe zurückblieben, wurden zum Abkühlen auf den Boden geschüttet.

Die gewandte Manipulation hatte die Aufmerksamkeit aller einen Augenblick auf sich gezogen, jetzt erhoben alle gleichzeitig die Köpfe, um der pfisenden Lokomotive, die mit einer Anzahl Waggons vorbeifuhr, nachzusehen, die im nächsten Moment in einer Krümmung verschwinden war, während Rauch und Dampf noch das Thal erfüllten.

„Seht Ihr die Maschine? und weg ist sie!" rief der Pecher. „So geht das mit Dampf über die ganze Erde und macht sie klein und schiebt alles auseinander, bringt alles miteinander in Verbindung. Sogar das unschuldige Pech, das wir da aus unsere Wäldern herausdestillieren, ist in seinem Wert von der Dampfmaschine abhängig geworden.“

„Das ist nicht möglich!" riefen die Spinner.

Sobald winkte mit einer Gebärde den Pechfieder heran.

„Christoffel, geh, stiel nicht so lang in Deinen Pechströmen herum, komm ein wergel zu mir.“

Der kleine, von oben bis unten flebrige Mann, der die Gestalt und den veräugelten Ausdruck eines Snomen hatte, kam mit der Stange, mit welcher er die Pechströmen auseinander geworfte, damit sie nicht brechend werden, heran.

„Sag' einmal, Christoffel, was hast mir denn früher und auch noch während des amerikanischen Krieges, wo die Dampfverbindung aufgehoben war, für den Reut er Pech bezahlt?"

„Zwanzig Gulden damals und recht gern," antwortete der Pechfieder, indem er mit dem Handrücken sich die überhängenden Brauen wusch, wie man besser zu sehen, wodurch diese aber nun völlig verklebt wurden.

„Und was zahlst Du mir heute?"

„Ganz unabhängig von der Maschine", glaubt Ihr?" sagte der Pecher, „aber wer ist denn das heutzutage noch, wer kann das sein? Die Maschine ist bestimmt, die Welt zu verändern, und je mehr sie sich vervollkommnet, um so tiefer greift sie in alle Verhältnisse ein. Sie verändert alles, sie wird alles umgestalten, ihr endlicher Sieg ist gewiß, nichts kann ihn aufhalten. Aber schon jetzt kann sich niemand ihrem bestimmenden Einfluß entziehen, niemand, gar niemand, auch ich nicht.“

„Wie so denn, wie so?" Die Leute drängten sich dichter an ihn heran; einige setzten sich auf die herumsiehenden Fässer.

In dem Augenblick traten der Pechfieder und sein Gehilfe aus der Siederei heraus.

Sie trugen einen großen kupfernen Kessel an einer Stange ins Freie und stürzten seinen kochenden Inhalt über ein Sieb in einen Kübel.

Es rauchte und dampfte. Die schwarzen Pechströmen aber, die im Siebe zurückblieben, wurden zum Abkühlen auf den Boden geschüttet.

Die gewandte Manipulation hatte die Aufmerksamkeit aller einen Augenblick auf sich gezogen, jetzt erhoben alle gleichzeitig die Köpfe, um der pfisenden Lokomotive, die mit einer Anzahl Waggons vorbeifuhr, nachzusehen, die im nächsten Moment in einer Krümmung verschwinden war, während Rauch und Dampf noch das Thal erfüllten.

„Seht Ihr die Maschine? und weg ist sie!" rief der Pecher. „So geht das mit Dampf über die ganze Erde und macht sie klein und schiebt alles auseinander, bringt alles miteinander in Verbindung. Sogar das unschuldige Pech, das wir da aus unsere Wäldern herausdestillieren, ist in seinem Wert von der Dampfmaschine abhängig geworden.“

„Das ist nicht möglich!" riefen die Spinner.

Sobald winkte mit einer Gebärde den Pechfieder heran.

„Christoffel, geh, stiel nicht so lang in Deinen Pechströmen herum, komm ein wergel zu mir.“

Der kleine, von oben bis unten flebrige Mann, der die Gestalt und den veräugelten Ausdruck eines Snomen hatte, kam mit der Stange, mit welcher er die Pechströmen auseinander geworfte, damit sie nicht brechend werden, heran.

„Sag' einmal, Christoffel, was hast mir denn früher und auch noch während des amerikanischen Krieges, wo die Dampfverbindung aufgehoben war, für den Reut er Pech bezahlt?"

„Zwanzig Gulden damals und recht gern," antwortete der Pechfieder, indem er mit dem Handrücken sich die überhängenden Brauen wusch, wie man besser zu sehen, wodurch diese aber nun völlig verklebt wurden.

„Und was zahlst Du mir heute?"

„Ganz unabhängig von der Maschine", glaubt Ihr?" sagte der Pecher, „aber wer ist denn das heutzutage noch, wer kann das sein? Die Maschine ist bestimmt, die Welt zu verändern, und je mehr sie sich vervollkommnet, um so tiefer greift sie in alle Verhältnisse ein. Sie verändert alles, sie wird alles umgestalten, ihr endlicher Sieg ist gewiß, nichts kann ihn aufhalten. Aber schon jetzt kann sich niemand ihrem bestimmenden Einfluß entziehen, niemand, gar niemand, auch ich nicht.“

„Wie so denn, wie so?" Die Leute drängten sich dichter an ihn heran; einige setzten sich auf die herumsiehenden Fässer.

In dem Augenblick traten der Pechfieder und sein Gehilfe aus der Siederei heraus.

Sie trugen einen großen kupfernen Kessel an einer Stange ins Freie und stürzten seinen kochenden Inhalt über ein Sieb in einen Kübel.

Es rauchte und dampfte. Die schwarzen Pechströmen aber, die im Siebe zurückblieben, wurden zum Abkühlen auf den Boden geschüttet.

Die gewandte Manipulation hatte die Aufmerksamkeit aller einen Augenblick auf sich gezogen, jetzt erhoben alle gleichzeitig die Köpfe, um der pfisenden Lokomotive, die mit einer Anzahl Waggons vorbeifuhr, nachzusehen, die im nächsten Moment in einer Krümmung verschwinden war, während Rauch und Dampf noch das Thal erfüllten.

„Seht Ihr die Maschine? und weg ist sie!" rief der Pecher. „So geht das mit Dampf über die ganze Erde und macht sie klein und schiebt alles auseinander, bringt alles miteinander in Verbindung. Sogar das unschuldige Pech, das wir da aus unsere Wäldern herausdestillieren, ist in seinem Wert von der Dampfmaschine abhängig geworden.“

„Das ist nicht möglich!" riefen die Spinner.

Sobald winkte mit einer Gebärde den Pechfieder heran.

„Christoffel, geh, stiel nicht so lang in Deinen Pechströmen herum, komm ein wergel zu mir.“

Der kleine, von oben bis unten flebrige Mann, der die Gestalt und den veräugelten Ausdruck eines Snomen hatte, kam mit der Stange, mit welcher er die Pechströmen auseinander geworfte, damit sie nicht brechend werden, heran.

„Sag' einmal, Christoffel, was hast mir denn früher und auch noch während des amerikanischen Krieges, wo die Dampfverbindung aufgehoben war, für den Reut er Pech bezahlt?"

„Zwanzig Gulden damals und recht gern," antwortete der Pechfieder, indem er mit dem Handrücken sich die überhängenden Brauen wusch, wie man besser zu sehen, wodurch diese aber nun völlig verklebt wurden.

„Und was zahlst Du mir heute?"

während gleichzeitig ein wahrer Hagel von Schimpfworten auf ihn niederprasselte.

Sie versicherte, sie würde ihm am liebsten alle Zähne in den Backen schlagen und er könne sie dann verschlucken, das sei das einzige, auf das er noch Anspruch machen könne. Morgen aber werde sie ihn samt den Kindern hier einsperren und auf den Bau gehen.

„Sie müssen mir Arbeit geben," kreischte sie, „sie müssen, und dann werden doch wenigstens die Kinder etwas zu essen haben.“ Und als der Koch ihr ihr rabisches Benehmen verwies, fuhr sie wütend gegen ihn auf: Ob er glaube, daß die paar Gulden, die er ihr hinwerfe, ausreichend wären für die ganze Familie. Es sei heute Donnerstag und es sei nichts mehr im Hause, „nichts, nichts, nichts!" rief sie, „also schweig!“

Die kleine Pepi trat ein. Die Mutter hatte sie zum Bäcker geschickt, zu dem sie sich, ihrer Schulden wegen, selbst nicht mehr getraute; das hungrende Kind sollte seine Vist aufbieten und zusehen, wie es sich Brot verschaffen könne.

Die Kleine hielt den Leib fest an die Brust gepreßt. „Ich hab's doch kriegt!" rief sie triumphierend. Und jetzt stürzten alle Kinder mit hellem Jubel darauf und auch die harten Bäße der Mutter überslog ein glückliches Lächeln, als sie das Brot entgegennahm, um es sofort anzuschneiden.

Paul war mit seinem Knaben in sein Zimmerchen getreten, das nebenan lag. Nachdem er sich selbst gereinigt, wusch er auch den Kleinen und kämmte ihm das blonde, seidenweiche Haar. Er fand seinen Liebling blaß, die lieben Kinderaugen schienen nicht so fröhlich wie sonst zu blicken. Mit unendlicher Zärtlichkeit befragte er ihn, ob ihm etwas fehle, und als der Knabe verneinte, gab er ihm ein Stück Obst und eine Semmel, die er ihm mitgebracht und freute sich, als er sah, mit welcher Wonne es der Kleine verzehrte.

Er suchte in der Kommode nach einem frisch gewaschenen Hemdchen, um es ihm anzuziehen, aber es fand sich nur ein einziges vor und dieses war zerrissen; unmutig warf er es bei Seite.

Nachdem er dem Knaben noch Mund und Händchen, die vom Obst feucht geworden, sorgsam abgewischt, nahm er ihn auf den Arm und trat durch eine Thür direkt in das winzige Vorgärtchen hinaus, das von einer lebenden Hecke umgeben war. Hier blühte und duftete es herrlich, und er zeigte ihm, in seiner zärtlichen Art mit ihm plaudernd, die Pracht der Sonnenblumen und hob ihn empor, damit er an der hochstämmigen Stoje riede, die sein Papa meist aus einer gewöhnlichen Hecke so schön veredelt.

Als aber aus dem geöffneten Fenster noch immer die leifende Stimme der Schwester herausdrang, erregte es ihm die Nerven. Er öffnete das hölzerne Gartentürchen, das ein festes Schloß besaß, und trat gegen das Ufer hinaus. Er ging mit dem Kinde einige

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inzeratenteil
verantwortlich:
Karl Lantau, Magdeburg.
Berlag von H. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von H. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluss
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Bierteljähr. inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
erh. Bestellgeld,
Einzelnr. Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zettungeliste Nr. 7095.
Inzerationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehofstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 33.

Magdeburg, Freitag, den 8. Februar 1895.

6. Jahrgang.

Das soziale Königtum hat kapituliert zu Gunsten des Kapitalismus.

Berlin, den 6. Februar 1895.

„Welche gesetzliche Bestimmungen sind — in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 — über die Formen“ in Aussicht genommen, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden?“ Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzesentwurfs, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiter-Kammern) „zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden“ auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden?“

Diese Fragen richtete in der heutigen Sitzung des Reichstages der Centrums-Abgeordnete Hize an die Reichsregierung, und der Herr Reichskanzler erklärte sich bereit, diese Fragen sofort nach ihrer Begründung beantworten zu wollen.

Der Abg. Hize verkündete, daß große Hoffnungen an die „hochherzige Initiative“ des Kaisers geknüpft sind. Das Centrum bekennt sich zu dem Erlaß von 1890, um so mehr als sich im Volke der Glaube verbreitet, daß jetzt Versprechungen gemacht worden seien, ohne sie zu erfüllen. Zu der Freude des Centrums hat auch die Thronrede die Fortsetzung der sozialen Gesetzgebung als notwendig anerkannt. Demselben Gedanken hat der Reichskanzler bei seiner programmatischen Eröffnungsrede Ausdruck gegeben. Es ist um so mehr geboten, damit vorzugehen, als jetzt angesichts der Umsturzvorlage der Glaube propagiert wird, dieses Gesetz solle die Arbeiter stumm machen. Beim Arbeiterschutzesgesetz hat das Centrum die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen zurückgestellt, ohne auf sie ganz zu verzichten.

Ein Hauptziel des kaiserlichen Erlasses war auf die Arbeitervertretung gerichtet. Wie die Regierung dazu steht, wissen wir nicht. Wir verlangen vor allem, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, ihre Interessen würdig zu vertreten, daß die Berufsvereine gesetzlich anerkannt werden. Die Arbeiter sollen selbst mit-helfen, die Lücken der Gesetzgebung durch eigene Selbsthilfe auszufüllen, z. B. durch Bildung von Zuschuß- und Sterbekassen, durch private Versorgung der Arbeiter-Witwen und -Waisen und Versicherung gegen unverschuldeten Arbeitslosigkeit. Da Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, müssen wir die Organisation unabhängig von den Einzelregierungen machen, sie muß reichsgesetzlich geregelt sein. Wenn das Koalitionsrecht Wahrheit werden soll, dann müssen die Organisationen der Arbeiter anerkannt werden, zumal ja auch die Arbeitgeber sich koalitiert haben. Die preussische Regierung sollte, anstatt das Vereinsrecht zu verschärfen, die Verbindung der Arbeitergewerksvereine gestatten. Nur so kann eine Gegenorganisation gegen die Sozialdemokratie namentlich durch die christlichen Arbeiter geschaffen werden, sagte Herr Hize, Dr. theol. und Professor zu München-Gladbach. Selbst die Herren, die das Streben der Arbeiter durch Koalition nicht für berechtigt halten, und meinen, der Arbeiter müsse heute zufrieden sein, werden sich dem Drange der Arbeiter nach Freiheit und Selbstständigkeit fügen müssen. Herr Hize ist überzeugt, daß die Sozialdemokratie die Berufsvereine garnicht will, teilt also auch nicht die Besorgnis, daß sich die Sozialdemokraten der Berufsvereine bemächtigen könnten. Gerade weil wir heute keine anerkannte Organisation haben, ist der Streit, der Krieg zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, so gefährlich.

Die Arbeiteraus-schüsse müssen obligatorisch gemacht werden. Die Arbeiterkammern dürfen nur aus Arbeitern bestehen, sie müssen zunächst begutachtende Kompetenz haben, könnten aber auch statistische Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt übernehmen. Auch die Organisation des Arbeitsnachweises muß den Arbeitern überlassen bleiben. Um die Arbeiter zu befähigen, müssen die Arbeitgeber zeigen, daß sie bereit sind, die Arbeiter zu hören und ihre Wünsche zu erfüllen, vor allen Dingen aber, daß sie das Selbstständigkeitsgefühl der Arbeiter achten. Redner wünschte von dem Reichskanzler Auskunft über die Stellung der Reichsregierung zu den Erlassen vom 4. Februar 1890.

Und der Herr Reichskanzler gab Auskunft. Er verlas folgende Erklärung:

Generell ist bisher die Frage im Bundesrat nicht behandelt worden. Es besteht aber bei der preussischen Regierung kein Zweifel, daß es ihre Aufgabe ist, das Programm, welches Seine Majestät am

4. Februar 1890 aufgestellt hat, zur Durchführung zu bringen. Eine Beantwortung der Frage, ob baldigst die Vorlage eines Gesetzesentwurfs im Sinne des zweiten Teils der Interpellation erwartet werden kann, ist zur Zeit nicht möglich, weil die in dieser Beziehung unter-nommenen Vorarbeiten einer Beschlussfassung des Staatsministeriums noch nicht unterlegen haben.

Also seit annähernd fünf Jahren hat man nicht Zeit und Gelegenheit gefunden, die angeschnittene Frage im Bundesrat zu behandeln. Dieser Schneefang mag wohl den Unternehmern angenehm gewesen sein, den Arbeitern aber gewiß nicht. Der kgl. Kommerzienrat und Fabrikbesitzer zu Kupferhammer bei Braachwede, Herr Müller, konnte auch ganz logischer Weise nicht einsehen, warum gerade heute eine neue gesetzliche Organisation als eine Ergänzung der bestehenden Gesetz geschaffen werden soll, wir können mit dem, was wir haben, auskommen. Zur Zeit ist Deutschland in der Arbeiter-versicherung und im Arbeiterschutzesgesetz soweit gegangen, daß nach Meinung des größten Teils meiner politischen Freunde an eine Erweiterung nicht zu denken ist, bis die anderen Länder uns gefolgt sind.

Auch gegen den Arbeitsnachweis erklärte sich dieser Herr. Was den Arbeitsnachweis betrifft, so wollen die Sozialdemokraten diesen gerne monopolisieren, denn wer den Arbeitsnachweis in der Hand hat, der hat die politische Macht. Um diesen Punkt wird sich in nächster Zeit wesentlich der Kampf auf sozialem Gebiete drehen. Soll der Arbeitsnachweis wohlthätig wirken, so muß er von der müßigen Agitation losgelöst und zu einer gemeinsamen Institution werden, und deshalb bin ich gegen den Arbeitsnachweis, der allein in den Händen der Arbeiter ruht.

Eine reine Arbeitervertretung, wie sie der Abg. Hize will, hält Herr Müller für ein Unglück und sagt: Der größte Teil der Verheißungen des kaiserlichen Erlasses ist bereits erfüllt durch die Gewerbegerichte, die allerdings noch verbesserungsbedürftig sind. Bei uns finden die Wahlen zu den Gewerbegerichten nicht nach sachlichen, sondern durchaus nach politischen Gründen statt. Die fortschreitende Organisation der verschiedenen Stände kann allmählich dazu führen, daß auch die Arbeiter in diese Organisation einzubegreifen sind, aber nützlich kann diese Organisation nur wirken, wenn sie in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern eingerichtet wird. Die Arbeiteraus-schüsse haben in Deutschland keine nennenswerte Ausdehnung gehabt, und es ist nicht zu erwarten, daß sie diese jemals erreichen würden. Heute, wo sich die politischen Parteien der Arbeiterbewegung bemächtigt haben, würde es sich bei den Arbeiterorganisationen nicht um wirtschaftliche, sondern überwiegend um politische Gesichtspunkte handeln.

Und unter dem Beifall seiner Parteigenossen erklärte der Redner: Die Belastung unserer Industrie durch die soziale Gesetzgebung ist schon so groß geworden, daß, wenn noch weitere Lasten hinzukommen, sie gegenüber andern Ländern die Konkurrenz nicht mehr aufrecht erhalten können. Wir sind bereit, vorwärts zu gehen, allen anderen Nationen voran, aber wir wollen nicht ins Ungemeßene vorwärts eilen, ohne daß die andern Nationen uns folgen.

Unserem Genossen Fischer war durch die Erklärung des Reichskanzlers sowie den Reden vorgenannter Volksvertreter eine Fülle Material in die Hände gespielt und er zerstückte dasjenige meisterhaft. Fischer sagte:

Wenn man den Wortlaut der Interpellation liest, fragt man sich unwillkürlich, wie kommt es denn, daß aus den großen Erlassen nur ein so kleiner, ein verhältnismäßig so unbedeutender Bruchteil herausgegriffen worden ist? In den vor fünf Jahren ergangenen Erlassen waren doch viel wichtigere Punkte zur Regelung in Aussicht genommen, Punkte, an denen die Arbeiter viel mehr interessiert waren, als an Arbeitervertretung und Anerkennung der Berufsvereine. Herr Hize hat allerdings seinen Stolz und seine Befriedigung über die bisherige Gesetzgebung ausgesprochen, er steht aber damit im Widerspruch mit seinen späteren Ausführungen, in denen er darlegt, wie verhältnismäßig unbedeutend für die Hebung der Klassenlage die bisherige Gesetzgebung bis jetzt gewesen sei. Die Erlasse selbst stipulieren es doch als eine der Aufgaben der Staatsverwaltung, die Zeit, Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Heute, wo wir vor der Umsturzvorlage stehen, gerade heute wäre es besonders interessant, auch die Frage der Wahrung dieser gesetzlichen Gleichberechtigung aufzuwerfen.

Wenn in 5 Jahren der Bundesrat in einer so hoch-wichtigen Materie noch nicht einmal generell sich verständigigt hat, wenn die Ausführung der Erlasse, die diese wichtigen Fragen in der nächsten Zeit zu regeln für not-

wendig erklärten, selbst im preussischen Ministerium noch in den Vorarbeiten steckt und diese noch nicht soweit ge-diehen sind, daß wenigstens eine baldige Inangriffnahme dieser Materie versprochen werden kann, dann müßte man ein sehr großer Optimist sein, wollte man noch irgend welche Hoffnung hegen. (Sehr richtig! links.) Ich weiß nicht, ob es richtig, daß das Centrum gezwungen worden ist, diese Interpellation zu stellen, durch seine allerneueste Stellungnahme zum Umsturzgesetz (Hört, hört! links.) Man sagt, das Centrum sei mit Rücksicht auf die katholischen Wähler unter der Arbeiterschaft gezwungen gewesen, seinen Unfall in der Umsturzkommision damit aus den Augen zu rücken, daß man jetzt plötzlich wieder das soziale Programm des Centrums in den Vordergrund schiebt. Ich halte diese Taktik ja auch für gegeben. So gut wie die Sozialdemokraten und alle anderen Parteien, wissen auch die katholischen Arbeiter, daß die Umsturzvorlage gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist; das Geschrei der nationalliberalen und kon-servativen Schlotbarone, das heisere Gebell der Nationalzeitung wäre gar nicht anders zu erklären, wenn man müßte, daß man „Umsturz“ sagt und Arbeiterbewegung, Klassenbewegung, Klassenkampf meint. Herr v. Stumm hat ja in Abrede gestellt, daß die Vorlage den Dank der Regierung für die Unterstützung der Handelsverträge aus diesen Reihen darstelle. Ich zweifle keinen Augenblick, daß diese Erklärung formell richtig ist, aber thätlich bedeutet doch die Umsturzvorlage nach der ganzen Ver-gangenheit des neuen Kurzes nichts anderes als die Unter-werfung des neuen Kurzes unter die Ausbeuterinteressen des Großkapitals. (Sehr richtig! links.) Das wissen auch die katholischen Arbeiter. Müge das Centrum noch soviel Paragraphe in die Vorlage hineinarbeiten, darüber lassen jene sich nicht täuschen, daß in Deutschland, wo keine Kläger, auch kein Richter zu finden ist. Es wird niemals ein Staatsanwalt sich finden, der diese Para-graphen gegen die Organe der bestehenden Klassen in An-spruch nehmen würde. (Zustimmung links.) Wenn wirklich einmal ein Richter sich fände, was würde dann das Re-sultat sein? Der Tragödie in dem Gerichtssaal würde bald das angenehme heitere Nachspiel der Begnadigung folgen!

Mögen die Absichten des Centrums bei Einbringung dieser Interpellation gewesen sein, welche sie wollen, man wird immer fragen müssen, warum ist man nur so weit und nicht weiter gegangen. Warum ist nicht auch der Normalarbeitsstag gefordert, der doch auch zu den Forde-rungen des Centrums gehörte, warum nicht auch die Aus-dehnung der Versicherungs-gesetzgebung, die ja ausdrücklich auch die kaiserliche Hofkammer in Aussicht stellte. Wir verlangen die Ausdehnung der Versicherung auch auf unver-schuldete Arbeitslosigkeit. Dies sind doch nur beschneidende Forderungen. Warum hier diese kleine Einzelheit herausgreifen! Diese Arbeiterschutzes-Gesetzgebung entspricht nur den bescheidensten Ansprüchen der Arbeiter-klassen. Die christliche Charitas, welche Herr Gröber bei der Umsturzvorlage in den Himmel gehoben hat, ist voll-ständig bedeutungslos gegenüber den sozialen Kämpfen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wobei ich aller-dings die Bedeutung derselben im Allgemeinen, insbesondere in der Vergangenheit bestritten will. Die christliche Kirche bringt selbst den Beweis, daß sie in Bezug auf die soziale Frage vollständig ungenügend ist.

Die Klöster, die doch die eigentliche Wirkungsstätte der christlichen Charitas sein sollen, beweisen, daß sie ein unerhörtes Ausbeutungssystem ausüben, namentlich in England und Belgien. 1882 sind in den belgischen Wohlthätigkeits-Schulen 15 000 Kinder beschäftigt gewesen, welche bei einer täglichen vierzehnstündigen Arbeitszeit einen Wochenlohn von 12—14 Pf. erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es giebt noch viel schlagendere Beweise, wie wenig das Christentum über-haupt zur Lösung der sozialen Frage berufen ist, und gar nicht zu reden vom Kirchenstaat, steht Belgien, wo der Katholizismus schon seit Jahren die Regierung in Händen hat, in Bezug auf die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung um so weit zurück, wie kein anderes Land. In keinem Industrie-land sind die Regierung und die Bourgeoisie blutdürstiger gegenüber den Arbeitern aufgetreten, wie in Belgien.

Die Vertrauenslosigkeit, welche die Fragestellung und die Begründung der Interpellation verraten haben, dürfte nach der Erklärung der Regierung und der National-liberalen kaum eine Teilnahme finden. Sie verlangen die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften, eine Forderung, die auch wir unterstützen, aber das deutsche Unternehmertum ist den Berufsvereinen feindlich und muß es seiner Eigenschaft auch sein.

Wenn Sie den Arbeitern die volle Koalitions-freiheit geben, so verzichten diese auf all den sozialpolitischen Armeskrans, von dem Sie so viel

einem Mediziner statt. Während ersterer zwei leichte Streikschiffe bekam, wurde letzterer beim zweiten Kugelwechsel durch einen Schlag in den rechten Oberarm verwundet.

Stuttgart. (Diebstahl.) Der Lehrling Wilhelm Kinding entwendete seiner Mutter 39 000 Mark und entfloh. Er wird streckendlich verurteilt.

Verur. (Durch aufstrebendes Gas getödt.) Von zwei taubstummen Brüdern, Schismacher, fand man vorgefunden in ihrem Schlafzimmer einen tot, den andern bewußlos. Das Unglück hatte aufgestiegenes Gas verursacht.

Marsala. (Die Domkirche eingestürzt.) Während des letzten Gottesdienstes stürzte die Domkirche San Carlo ein. 75 Leichen und 86 schwer verwundete Personen wurden aus den Trümmern hervorgeholt.

Montceau-les-Mines. (30 Menschenleben vernichtet.) Am 4. Februar früh 5 Uhr fand in den Gruben von Sainte-Eugenie eine Explosion schlagender Wetter statt. Bis 9 Uhr morgens waren 30 Leichen zu Tage gefördert worden. Die Zahl der bei der Explosion um das Leben gekommenen ist noch nicht bekannt.

Die bürgerliche Frauenbewegung.

Am Sonnabend Abend hatte der Hausfrauenverein in der Aula des Realgymnasiums einen Vortragabend einberufen. Es referierte die Vorsitzende des Mädchengymnasiums zu Berlin, Fräulein Helene Lange, über „Frauenpflichten und Rechte“.

halten zu können. Das Proletariat muß seine Zeit mit ernsten Aufgaben, mit harter Arbeit anfüllen, um ein Stücklein Brot zu gewinnen. Wer mit Frauen und Töchtern bürgerlicher Kreise verkehrt hat, wird sehr oft deren Bildungsehrlichkeit wahrgenommen haben.

Wollten die Frauen der besitzenden Klasse obige Ziele verfolgen, dann bekämpfen sie ja die Interessen ihrer Klasse und das geht nicht einem Dienstmädchen gleiche Rechte einzuräumen — welche ein unerhörtes Verlangen; und gar die Ausbeutung zu bekämpfen wäre in den Augen der besitzenden Klasse, zu der jene Frauen gehören, eine vergebende Thätigkeit, eine unverständige Niedertracht.

keinen Wert hat, wird jede Frau einsehen, die mit dem armen Volke fühlt und denkt. Und so wollen wir von ihr auch nichts wissen, ebenso wenig wie ein Arbeiter von Hirsch-Dandl'schen Schmalzfabrikantenvereinen, Zünften oder sonstigen Vereinen, welche sich in den Händen der Kapitalisten befinden, etwas wissen will.

Neueste Nachrichten.

Parisruhe. In einem Hotel erschloß sich ein Liebespaar, der Tapetier Friedrich Brändel aus Holzsdorf in Sachsen und seine Geliebte. Beide waren mittellos. In einem zurückgelassenen Briefe wird gesagt, daß die Familienverhältnisse beiden nicht gestatten, einander anzugehen, und daß sie ein gemeinsames Grab wünschen, um wenigstens im Tode vereint zu sein.

Rosof. Der Berliner Volks-Zeitung wird aus Rosof berichtet: Drei besetzte Fischer, Roschlaub, Weinde und Freitag, sind — auf offener See von einem Schneesturm überrascht — ertrunken. Die Fischereigeräte wurden heute an der Strand gepökt. Die Berunglückten sind sämtlich verheiratet und hinterlassen 13 Kinder.

Konstantinopel. Nach amtlicher Feststellung sind sechs Cholerafälle vorgekommen, von denen zwei tödlich verlaufen sind. Derselben sind in Istanbul vorgekommen, einer in der Postkaferei, einer in der Infanterie-Kaserne.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Sonnabend, den 9. Februar: Verein deutscher Schuhmacher. (Zahlstube Magdeburg-Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der „Gemütlichkeit“, Schmidtstraße 58.

Sonntag, den 10. Februar: Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zentrale Magdeburg). Die nächste Mitglieder-Versammlung findet nicht Sonnabend, sondern Sonntag den 10. d. Mts. statt.

Griefkasten. C. L. S. R. N. wohnt Annastraße 12 II, Eingang Schrotter.

Bazar - Magdeburg, Jakobs- und Petersstraßen-Ecke.

Verkauf zu unerreicht billigen, festen Preisen.

- Bestes Maschinengarn, große Rolle 1000 Yds. Obergarn 21 1/2 an. Bestes Maschinengarn in allen Farben, kleine Rolle 200 Yds. 5 1/2 an.

- Falten und Gips, Paket 4 1/2 an. Stern-Nege, Stück nur 5 1/2 an. Hemdenknöpfe, Stück von 10 Meter von 15 1/2 an.

Seidene Bänder zu unerreicht billigen Preisen.

- 1 Brief Nähmaschinen — 1 Dgd. Nähknöpfe — 1 Dgd. Schuhknöpfe — 1 Paket Ledernadeln — 1 Fingerhut — 1 Stück Schneiderkreide — 1 Häfelhaaren — 3 Pakete Haarwädeln f. 2 1/2 an.

- Bettdecken (Gelegenheitskauf) in allen Farben, Stück nur 1.38 M. Bettlaken (Barthel), vollkommen groß, Ia. Qualität, Stück nur 75, 95 1/2 an.

Bazar - Magdeburg, Jakobs- und Petersstraßen-Ecke.

Emil Bittkau, Burg b. M. Schartauerstraße 57, der Strinhaushalle gegenüber. Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Salon.

Lebensversicherung von 50 bis 57 Mkr. zu dem. Kassenabrechnung 27 1/2 Mkr. am 1. März 22 Mkr. am 1. April 22 Mkr. am 1. Mai 22 Mkr. am 1. Juni 22 Mkr. am 1. Juli 22 Mkr. am 1. August 22 Mkr. am 1. September 22 Mkr. am 1. Oktober 22 Mkr. am 1. November 22 Mkr. am 1. Dezember 22 Mkr.

Todes-Anzeige. Nach langem, schweren Leiden entschied heute meine liebe Frau Auguste Vieweg geb. Salimma im 31. Lebensjahre.

Standesamt. Magdeburg, den 6. Februar. Aufgebote: Schäfer Gustav August Blume in Endenburg mit Wwe. Rannu Emilie Hilhelmine Wesshoff geb. Sasse in Pomerellen.

Der Circus wird durch Dampfheizung geheizt. Circus in Magdeburg. Texas Jack's American Prairie Life Show. Täglich abends 8 Uhr Große Vorstellung.

Schweineschmalz, garantiert rein, à H. 45 1/2 an. ff. Margarine Pfd. 60 Pf., feinste Margarine Pfd. 80 Pf. türk. Pfannkuchen, Pflaumenmus, Preiselbeeren in Zucker, Gustav Krüger, Tauenzienstrasse No. 2.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Leipzig, Kleberstr. 3. Deutscher Metallarb.-Verband, Zentrale Magdeburg, Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr Versammlung im Restaurant „Am Schützenhof“.

Standesamt. Magdeburg, den 6. Februar. Aufgebote: Schäfer Gustav August Blume in Endenburg mit Wwe. Rannu Emilie Hilhelmine Wesshoff geb. Sasse in Pomerellen.

Standesamt. Magdeburg, den 6. Februar 1894. Aufgebote: Kaufmann Süder Willes in Danzig mit Helene Schö. Geburten: Ernst, S. des Arbeiters Albert Hanemann, Otto, S. des Buchhändlers Hermann Wendt, Paul, S. des Zimmermanns Friedrich Köhler, Wilhelm, S. des Klempners August Heppel, Hans, S. des Arbeiters Hermann Gerig, Martha, S. des Arbeiters Robert Wanda, Rudolf, S. des Weißgerbers Wilh. Rolle, Martha, S. des Arb. Ferd. Jellat.